

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Ana und Team von LÜSA,

Ich freue mich sehr hier im Namen von akzept e.V, dem Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik, ein paar Impulse zu eurer Arbeitstagung geben zu können.

Das wir hier heute in Unna stehen und die Entstehung des ersten Altenheims für Drogenabhängige würdigen, ist kein Zufall. Es ist ein Ausdruck eures jahrelangen Engagements schon mit dem Projekt LÜSA, mit dem ihr ein Angebot für jene vorhaltet, welche sich nicht selten etliche Begleiterkrankungen eingehandelt haben, kumulierte Problemlagen aufweisen und von den üblichen Angeboten der Drogenhilfe nicht oder nicht mehr adäquat erreicht wurden und werden. Seit Jahren begleitet ihr diese Menschen und habt Ihnen geholfen in Würde alt werden zu können. Wer, wenn nicht ihr, kennt die multiplen Bedarfe von alternden Drogenkonsumenten aus erster Hand und ist dementsprechend geeignet dafür bedürfnisorientierte Angebote für diese Zielgruppe zu konzipieren und organisieren. Von daher ist es kein Zufall das wir hier in Unna stehen und es freut uns natürlich umso mehr das es eine Einrichtung aus unserem akzept-Verband ist, die hier voranschreitet. Neben eurem Engagement muss man natürlich die kommunale Politik und -verwaltung loben, die schon lange so ein Projekt wie LÜSA fördern und damit auch ganz wesentlich dazu beigetragen haben das Drogenabhängige immer älter werden können.

Insgesamt ist das älter werden von Drogenabhängigen ein Hinweis darauf das sich in der Weiterentwicklung der Drogenhilfe viel getan hat. Die Abwendung vom Abstinenzparadigma und die Entwicklung akzeptierender Drogenarbeit, mit den an „harm reduction“, also an Schadensminimierung und Überlebenshilfe orientierten Angeboten, hat die Drogenhilfelandchaft über die letzten 20 Jahre entscheidend geprägt und diese Entwicklungen erst möglich gemacht.

Zur Erinnerung...

Bis Mitte der 80er Jahre war die Drogenpolitik in Deutschland vor allem geprägt vom absoluten Drogenverbot und der repressiven Durchsetzung der Prohibition. Die Drogenhilfe war mit ihren präventiven und therapeutischen Schmalspurangeboten ganz und gar dem Abstinenzparadigma verpflichtet. Drogenkonsumenten und Abhängige wurden nur als selbstunmündige, kriminelle Opfer ihrer Drogensucht betrachtet die auch gerne mit künstlichem Leidensdruck auf den rechten Pfad der Abstinenz geführt werden durften, alles zu ihrem Besten natürlich. Wer nicht in dieses enge Behandlungskonzept passte wurde schnell als therapieresistent abgestempelt und als „Behandlungsangebote“ blieben dann nur Gefängnisse und geschlossene Psychiatrieabteilungen. Die Lebensrealität von Drogenkonsumenten war im Wesentlichen geprägt von einem Leben in der Illegalität, Kriminalisierung und der beständigen Angst vor Verfolgung und Verhaftung, Pönalisierung, Pathologisierung und Ausgrenzung, gepanschten Schwarzmarktdrogen und schlechten, unhygienischen Konsumbedingungen.

Ein „normales“ Leben war unter diesen Bedingungen so gut wie nicht möglich und sollte es auch nicht sein (Leidensdrucktheorem).

Die Auswirkungen dieser rein repressiven, auf Ausgrenzung ausgerichteten und dem Abstinenzparadigma verpflichteten Politik und Hilfe waren verheerend:

- stetig steigende Drogentodeszahlen
- eine schlechte Reichweite der hochschwelligten und rein abstinenzorientierten Hilfsangebote
- zunehmende gesundheitliche und soziale Verelendung der Drogenkonsumenten
- steigende Beschaffungskriminalität und große Probleme mit offenen Drogenszenen in den bundesdeutschen Großstädten
- steigende gesellschaftliche Sekundärkosten im Bereich illegale Drogen bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lage.

Erst die AIDS-Epidemie der 80er Jahre und Verbreitung der gefährlichen Hepatitisviren führte zu einem langsamen Umdenken, Drogenkonsum und Abhängigkeit nicht mehr vornehmlich

als strafrechtliches Problem zu behandeln und in der Drogenhilfe neben abstinenzorientierten Angeboten solche der Schadensminimierung und Überlebenshilfe einzuführen. Als Beispiele für diesen Weg seien hier nur die Einführung von Spritzentauschprogrammen, niedrigschwelligen Kontaktläden, inzwischen ca. 80000 Menschen in Substitutionsbehandlungen, Vermittlung von Safer-Use Regeln, Drogenkonsumräume und die Möglichkeit der heroingestützten Behandlung erwähnt. Auch der Gesetzgeber hat die Erfolge von „harm reduction“ Angeboten gewürdigt und sie als 4 Säule der Drogenpolitik festgeschrieben.

Die Erfolge dieser Hinwendung zu niedrigschwelligen, akzeptanzorientierten Angeboten in der Drogenhilfe sind heutzutage unstrittig und gut evaluiert. Sie haben mit ihren lebenspraktischen, bedürfnis- und adressatenorientierten Hilfen dazu beigetragen der Verelendungsspirale von Drogenkonsumenten entgegenzuwirken, die Reichweite der Drogenhilfe zu erhöhen und die ordnungspolitischen Probleme in den Großstädten zu begrenzen.

Auch bei den weiterführenden Hilfen ist eine erfreuliche Vielzahl an differenzierten ambulanten und stationären Hilfen entstanden die inzwischen eine bedarfsgerechtere und zeitnähere Vermittlung ermöglichen. Das hier entstehende Altenheim ist nur ein Beispiel dafür.

Bei aller Kritik des Faktischen und im Detail haben wir inzwischen eine gut differenzierte und vielfältige Drogenhilfestruktur in Deutschland entwickelt, welche immer bedarfsgerechter wird, der es allerdings an manchen Stellen und Orten, im Wesentlichen aus finanziellen und/oder ideologischen Gründen an Kapazitäten und Differenziertheit fehlt. Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in der Drogenhilfe haben wir immer noch besorgniserregende Entwicklungen im Bereich illegale Drogen, nicht nur in Deutschland sondern weltweit.

Kommen wir jetzt zu den Schattenseiten:

Die hier angesprochene und noch ausbaubare Vielfalt der Drogenhilfeangebote ist allerdings auch schon wieder, immer wieder bedroht, da viele Angebote am untersten Level der Personalbesetzung und Finanzierung arbeiten und häufig immer weniger reale Zeit für den Klienten bleibt. Drogenhilfe scheint seit längerem in bürokratischen Auflagen, standardisierten Datenerhebungsverfahren, Qualitätssicherungsabläufen und Rahmenzielvereinbarungen zu ersticken.¹ Die finanzielle Krise in den Kommunen, dem Land und im Bund führen zu kontinuierlichen Kürzungen im Suchthilfebereich. Bei manchen ist es dann das Tröpfchen zuviel an Auflagen oder Kürzungen und bedeutet dann das Aus für wichtige zielgruppenspezifische Angebote. Dies können wir gerade, um nur ein Beispiel zu nennen, bei den Auswirkungen der Instrumentenreform des Bundesministeriums für Arbeit sehen, wodurch viele Arbeits- und Beschäftigungsprogramme in der Suchtkrankenhilfe, trotz deutlicher Erfolge, vor dem Aus stehen oder massiv eingeschränkt werden müssen. Die Finanzkrise im Bund, den Ländern und der Kommune macht bezüglich der Finanzierung von Drogenhilfeangeboten nicht gerade Mut. Das ganze, vorbildlich ausgebaute und ausdifferenzierte Drogenhilfenetz wird so zunehmend Löcher aufweisen und seine Vielfalt verlieren.

Wer im Suchtbereich nachhaltig sparen will oder muss, sollte jetzt nicht vorrangig an einzelnen Projekten oder Maßnahmen herumschneiden, sondern das grundsätzliche System in Augenschein nehmen. Hier ist die eine Ebene, die Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung der Drogenhilfeangebote nach evidenzbasierten Kriterien, zumindest in Ansätzen und bei allem noch bestehenden Bedarf und zu kritisierenden Details, geschehen. Was vor allem fehlt, ist die rechtliche Weiterentwicklung, die endlich den Verkehr und den Handel mit Drogen reguliert statt nur teuer und aufwendig und mit erheblichen Kollateralschäden zu verbieten. Immer noch sind ein großer Teil der Todesfälle und Schädigungen, Begleiterkrankungen im Zusammenhang mit illegalisierten Drogen politikinduziert, d.h. sie sind primär auf eine im Wesentlichen auf Prohibition setzenden Drogenpolitik zurückzuführen und haben nur sekundär mit den konsumierten Drogen zu tun.

¹ Vgl.: Dr. Wolfgang Schneider: „Ökonomisierung, Qualitätssicherung, Kundenorientierung und soziale Kontrolle: Wohin führt der Weg der Drogenhilfe? „

Am 21. Juli dem internationalen Gedenktag für Drogentote, fanden in über 60 Städten in Deutschland Mahnwachen, Gottesdienste, Infostände und andere Aktionen statt um gemeinsam mit Drogengebrauchern, Angehörigen, Partnern, Freunden, engagierten Mitbürgern und Mitarbeitern der Drogenhilfe an die Drogentoten zu gedenken und für bessere Rahmenbedingungen zu kämpfen. "Drogenlegalisierung = Drogenkontrolle" lautete in diesem Jahr das deutsche Motto um zu zeigen, dass durch Legalisierung sich viele drogenbedingte Todesfälle und Begleiterkrankungen verhindern lassen.

- Sie sterben auch heute noch an gepanschten Schwarzmarktdrogen, deren Streckmittel häufig gesundheitsgefährlicher sind als die Drogen selber und welche schwankende, nicht kontrollierte Reinheitsgrade aufweisen und von daher schlecht kalkulierbar in der Dosierung sind. Hier fehlt Verbraucherschutz...

- Sie sterben an HIV, Aids, Hepatitis, unbehandelten Wunden und anderen Krankheiten infiziert im Knast oder auf der Straße wegen fehlender Möglichkeit sauber und stressfrei zu fixen oder als Folge von Beschaffungsprostitution

- Sie sterben an unterlassener Hilfeleistung bei einem Drogenunfall wegen fehlender Aufklärung oder aus Angst vor der Polizei und Strafverfolgung

- Sie sterben im Knast wegen mangelhafter gesundheitlicher Versorgung, Isolation und gehen häufig zerbrochen, zerstört, verzweifelt und einsam vor die Hunde

- Sie sterben an der Isolierung, Ausgrenzung, Vereinsamung die durch die Kriminalisierung, Inhaftierung und einem Leben in und mit der Illegalität entsteht und gefördert wird.

Mit zunehmender Dauer einer Abhängigkeit von illegalisierten Drogen geht immer noch häufig die soziale und körperliche und gesundheitliche Verwahrlosung einher. Ein Leben zwischen Beschaffungs- und Verfolgungsdruck, Kriminalisierung, Inhaftierung, Psychiatrisierung, sozialer und beruflicher Ausgrenzung, Beschaffungskriminalität und Prostitution potenziert das Risiko einer HIV- oder/und HEP-Infektion sowie psychischer Erkrankungen bis hin zum Tod. Durch die Prohibitionsbedingten Rahmenbedingungen gefährden wir Menschenleben und produzieren und fördern Begleiterkrankungen die wir später teuer rehabilitieren müssen. Das wir diese Schädigungen dank der zunehmenden Orientierung an harm reduction-Ansätzen immer besser behandeln können, kann nicht darüber hinwegtäuschen das viele Probleme und Begleiterkrankungen die wir heute mit dem Konsum illegalisierter Drogen verbinden erst durch die Verbotspolitik verursacht oder zumindest gefördert werden.

Wollen wir uns diese Drogenpolitik noch leisten, können wir uns das noch leisten?

Der generalpräventive Ansatz des Drogenverbots ist gescheitert aber er ist natürlich nicht umsonst, sondern kostet viel Geld. Eine Studie der Deutsche Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (DBDD) hat 2009 eine Schätzung der Ausgaben im Bereich illegalisierte Drogen in Deutschland vorgenommen und festgestellt, dass von den ca. 8 Milliarden Euro, die von der öffentlichen Hand jährlich aufgewendet werden, ca. 60-70 % in den Bereich Repression fließen und nur 30 - 40 % in den Bereich der Hilfen.²

Vor dem Hintergrund der Finanzierungsschwierigkeiten in der Drogenhilfe fragt man sich da schon warum soviel Geld für eine ineffektive, kontraproduktive Verbotspolitik ausgegeben wird, die, wie wir alle heute wissen, erhebliche Kollateralschaden und Folgeprobleme und -kosten mit sich bringt sowohl für den einzelnen Betroffenen, seinen Angehörigen und auch Gesamtgesellschaftlich... und das nicht nur bei uns sondern europa- und weltweit.

Wollen wir uns diese Drogenpolitik noch leisten, können wir uns das noch leisten?

² http://www.dbdd.de/images/publikationen/dbdd/mostardt_floeter_neumann_wasem_pfeiffer-g_2010.pdf

Die Dimensionen des durch das Drogenverbot verursachten Elends weltweit sind immens und inzwischen gut belegbar.

Die Datenlage ist erschütternd, hier nur ein paar Blitzlichter dazu:

- „Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden jährlich vierhundert bis fünfhundert Billionen US Dollar Umsatz im Geschäft mit Drogen getätigt. Da die Produktionskosten nur etwa ein Prozent des Straßenhandelspreises betragen, sind die Profitraten der Drogenindustrie enorm. Die Gewinne krimineller Organisationen im Drogenhandel übersteigen das Bruttosozialprodukt vieler Staaten. Weltweit werden von Regierungsseiten annähernd vierzig Billionen Euro pro Jahr für eine ineffektive, kontraproduktive Drogenpolitik ausgegeben.“³

Wollen wir und das noch leisten...

- 27 Millionen Menschen gelten laut einem aktuellen UNO-Bericht weltweit als drogensüchtig, einer von 200 Erdbewohnern. Knapp zehnmal so viele nehmen ab und zu Drogen. Während der weltweite Drogenkonsum in den Industrieländern seit Jahren ungefähr stabil ist, sind Drogen in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf dem Vormarsch. Die traurige Bilanz: ca. 200.000 sogenannte Drogentote jedes Jahr.

Wollen wir diese Menschen wirklich weiter kriminalisieren, strafrechtlich verfolgen, inhaftieren, sozial Ausgrenzen, um dann die dadurch entstehenden oder geförderten gesundheitlichen und sozialen Schädigungen teuer rehabilitieren zu müssen?

Wollen wir uns das noch leisten, können wir uns das noch leisten?

- Neben den illegalen Stoffen dürfen die erlaubten Suchtmittel nicht in Vergessenheit geraten: Laut Weltdrogenbericht sterben an den Folgen des Alkohols jährlich 2,3 Millionen Menschen, wegen Rauchens 5,1 Millionen.

Seriöse Studien sprechen davon, dass ganz unabhängig davon, ob ein Staat repressiv oder liberal mit dem Drogenthema umgeht, die Zahl der problematisch bis abhängig Konsumierenden aller psychotropen Substanzen, also Drogen, Medikamente, Alkohol, Nikotin & Co etwa 5-10 Prozent der Bevölkerung beträgt. Das heißt das 90-95 % der Bevölkerung einen unproblematischen Umgang mit diesen Substanzen pflegt oder dazu imstande ist.

Warum zusätzlich die Gesundheit und soziale und berufliche Teilhabe von Abhängigen, Risiko- und Gelegenheitskonsumenten gefährden und dadurch künstlich Bedarfe und Risiken zu erschaffen. Wenn die prohibitionsbedingten oder geförderten Gesundheitsschäden und sozialen Ausgrenzungen wegfallen geht es nicht nur den Betroffenen besser, sondern auch die Drogenhilfe wird endlich in die Lage versetzt sich um die Probleme zu kümmern die Menschen mit Drogen bekommen können, statt sich zeit und nervenaufreibend mit den strafrechtlichen Konsequenzen des Umgangs mit Drogen auseinandersetzen zu müssen. Wir könnten uns auf Verbraucherschutz, Jugendschutz, Prävention und Abhängigenhilfe konzentrieren...Na, wäre das nichts. Wollen wir uns das Verbot noch leisten, können wir uns das noch leisten? Haben wir nicht wichtigeres zu tun!

Die am meisten verbreiteten Drogen sind Haschisch und Marihuana, Kokain, Heroin und künstliche Chemikalien. Synthetische Drogen werden gemäss UNODC weltweit immer beliebter. Besonders in den USA gibt es einen deutlichen Anstieg bei den chemischen Drogen und inzwischen deutlich mehr Tote als durch Heroin und Kokain zusammen.

Ist der Trend zu immer neuen synthetischen Drogen, und „Legal Highs“ nicht eine unmittelbare Konsequenz aus dem bestehenden Verbot der gängigen illegalen Drogen? Findige Dealer und Produzenten versuchen immer wieder das Betäubungsmittelrecht auszutricksen um die offenbar vorhandenen Konsumbedürfnisse zu befriedigen und ihr eigenes Risiko zu minimieren. Handeln wir uns damit nicht den Konsum und die Verbreitung von unkalkulierbaren Substanzen ein, von denen wir, im Gegensatz zu den schon gängigen illegalen Drogen, recht wenig wissen, insbesondere was die Langzeitwirkungen angeht?

³ vgl: akzept.e.V. 2008

Wollen wir diesen Trend weiter fördern oder endlich die Märkte regulieren?

„Allein der „Drogenkrieg“ (eher Drogenprohibitionskrieg) in Mexiko hat seit 2006 über 50.000 Menschen das Leben gekostet – viele andere Tote, Verletzte, Hinterbliebene, zerstörte Familien in anderen amerikanischen Ländern kommen hinzu. Und dieser Drogenkrieg ist nicht begrenzt auf Lateinamerika oder gar Mexiko – dieser Krieg hat – wie eben die Prohibition globale Ausmaße angenommen. Produktions/Transit und Konsumentenländer sind nicht mehr voneinander trennbar: Abhängige, Gewalt, Mafia, Händlerstrukturen wirken auf allen Ebenen – damit einhergehend Korruption bei den Strafverfolgungs-/Vollzugsbehörden, Aushöhlungen von Grund- und Menschenrechten, Erosion des Rechtsstaates und seiner tragenden Organe (Polizei, Gerichte) und schließlich schleichender Abbau demokratischer Strukturen. Wollen, können wir uns eine solche Drogenpolitik wirklich noch leisten?“⁴

Mit unserem Drogenverbot tragen wir maßgeblich Mitverantwortung an den Zuständen in den Produzenten und Transitländern. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon konstatierte kürzlich: „Drogenmissbrauch und illegaler Drogenhandel haben weiterhin eine sehr negative Auswirkung auf die Entwicklung und Stabilität in aller Welt.“

Wollen wir uns das wirklich weiter leisten? Wollen wir, dass dies so bleibt?

Prof. Dr. Heino Stöver fasste es in seinem Vorwort zur deutschen Ausgabe von: „Nach dem Krieg gegen die Drogen: Modelle für einen regulierten Umgang“, Herausgegeben von akzept e.V. wie folgt zusammen:

„Wir könnten natürlich immer so weiter machen wie bisher: Die Verkäufer und Konsumenten „alter illegaler Drogen“ strafrechtlich verfolgen, den Umgang mit „neuen“ Drogen verbieten und unter strafrechtliche Kontrolle stellen und die Verkäufer und Konsumenten wieder verfolgen usw. ...Eine Endlosschlange....Aber zu Ende gedacht:

Würden wir mit stärkerer Aufrüstung der Polizei mehr Erfolge haben?

Würden wir vielleicht am Ende sogar Militär einsetzen wollen wie jetzt in Mexiko? Würden wir „amerikanische Verhältnisse“ bekommen? Mehr Grundrechte einschränken? Können wir noch mehr Drogenumgangsformen kriminalisieren? Verschärfte Grenzkontrollen einführen?

Fast eine Viertel Million Betäubungsmitteldelikte (die meisten davon sog. Konsumentendelikte in Bezug auf Cannabis!) werden jährlich von der Polizei erfasst (etwa 4% aller Straftaten im Jahre 2011 in Deutschland) – würde eine halbe oder eine ganze Million sogenannter „Rauschgiftdelikte“ den „Erfolg der Prohibition“ beweisen? Können wir uns diese Drogenpolitik überhaupt leisten, wollen wir uns das leisten?

NEIN! Schon jetzt wird deutlich, dass diese Politik enorm teuer ist, wenn wir uns noch mal die Ausgaben ansehen: Vergleicht man die Kosten für „Repression“ mit den Ausgaben für „Hilfen“ zeigt sich folgendes Bild: 60 – 70 % der Mittel die die öffentliche Hand im Bereich „illegale Drogen“ schon jetzt ausgibt, werden für die „Repression“ aufgewendet und nur 30-40 % für den Bereich der Hilfen. Etwa 10 Prozent der gesamten Staatsausgaben für den Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung weisen einen Bezug zu illegalen Drogen auf.“⁵

Die Prohibition ist also nicht nur schädlich und kontraproduktiv, sie ist auch noch teuer. Hier werden Steuergelder verschleudert welche bei der Absicherung und Weiterentwicklung von Hilfsangeboten fehlen. Stattdessen könnten wir Steuergelder einnehmen und bspw. Zweckge-

⁴ Prof. Dr. Heino Stöver: Vorwort in: „Nach dem Krieg gegen die Drogen: Modelle für einen regulierten Umgang“, Hrsg der deutschen Ausgabe: akzept e.V. 2012)

⁵ Ebda.

bunden für die Rehabilitation, Prävention und "Steuer"-ung der dann zu regulierenden Märkte einzusetzen...

„Die Prohibition hat mehr Schäden angerichtet als sie zu verhindern vorgibt. Wir haben seit langem ein massives Drogenpolitikproblem! Man muss mehr Angst haben vor den Folgen der Prohibition als vor den Folgen der Drogen selbst! Wir dulden die Existenz, die Gewalt, die Anarchie und die Dynamik des Drogenschwarzmarktes – zu Lasten eines Verbraucher und Jugendschutzes. Und selbst die Polizei glaubt nicht wirklich, dass sie eine Angebotsreduktion durchführen kann. Weit weniger als 5% der auf den Markt geworfenen Drogen konfisziert die Polizei. Unterbrochene Handelsrouten werden umgehend neu erfunden, drakonische Strafen, selbst Körper- und Todesstrafen (wie z.B. im Iran) schrecken nicht ab. Zu groß, zu verführerisch die Aussicht auf das prohibitionsbefeuerte „schnelle Geld“, das „große Ding“ – oder einfach nur das Überleben.

Was denn noch?

Die internationalen Bemühungen, den weltweiten Drogenmarkt über Verbote einzudämmen sind, gemessen an den Zielvorstellungen, nicht nur nicht erfolgreich gewesen, sondern die Potentierung der Gefahren durch die Prohibition sind inzwischen evidenzbasiert nachweisbar und durch viele Zahlen und Studien belegt.

Es ist also höchste Zeit sich intelligente Modelle der Drogenkontrolle und –regulation zu überlegen. Wir sollten wenigsten versuchen den Markt zu regulieren! Die gegenwärtige Drogenpolitik unternimmt noch nicht einmal einen Versuch der Regulation: Strafandrohungen der Verfolgungsbehörden und Verhaltensappelle der Hilfeleister stellen nicht wirklich einen Versuch der Regulierung eines offenbar gewünschten Drogenangebots dar. Beide Instanzen sind lediglich Symbolträger eines Scheiterns, das nicht ausgesprochen werden darf.

Was sind intelligente Modelle der Regulation des Drogenmarktes? Wir fangen nicht bei Null an: Bei legalen Substanzen bekannte, eingeführte und bewährte Modelle können wir auf Regulierungen für jetzt noch illegale Drogen übertragen. In einer Gesellschaft hoher Regulierungsdichte erscheint diese Drogenpolitik ohnehin immer stärker als eine anachronistische, symbolische, Ausnahmepolitik, die offenbar (noch) gebraucht wird, sozialpsychologisch (noch) ihre Funktion erfüllt, die aber bei Lichte betrachtet nicht effizient ist, und es nie war! In Deutschland – wie in vielen anderen Ländern – geben wir uns noch der Illusion hin, nur durch „gute Suchtkranken- und Gefährdetenhilfe“ sei das Drogenproblem zu lösen. Dabei existieren Repression und Hilfe nicht friedlich nebeneinander: Beides gehört zusammen, beeinflusst und verformt sich gegenseitig, die rechtlich, gesundheitlich, sozialen Folgen der Strafverfolgung spürt jeder Konsument einer illegalisierten Droge. Vor allem die Abhängigen: Prostitution, Diebstahl, Gewalt, Gefängnis/Maßregelvollzug, Ausgrenzung, Psychiatrie, Therapie statt/als Strafe, Verlust des Arbeits- und Ausbildungsplatzes, Schulverweis, – all dies sind nur Schlaglichter der Dimensionen des Unglücks Betroffener, deren Partner und Angehöriger.

Wir brauchen also einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über alternative Wege, wie wir Kontrolle über einen völlig deregulierten, raubtierkapitalistischen Markt bekommen können. Alte Wege (mit bekannten Kontrollgesetzgebungen), neue Wege mit noch zu schaffenden Kontroll- und Vertriebsmechanismen.

Dies ist der erste Schritt für eine Drogenpolitik nach dem „Krieg gegen die Drogen“ – eine Art „Jalta Konferenz“ des „War on Drugs“, die den sich abzeichnenden Kollaps als Startpunkt für eine Drogenpolitik nimmt, die Menschenwürde, Gesundheitsschutz und Glaubwürdigkeit in den Fokus nimmt, und nicht mit ausschließlich repressiven Mitteln vorgibt den Umgang mit den Substanzen reduzieren zu können. Es ist ein Weg, der zudem auf evidenzbasierter Wissenschaft, und nicht auf Glauben und Moral gründet und eine Konsistenz der Drogenpolitik als Leitgedanken trägt. Die „Global Commission on Drug Policy (GCDP)“ hat mit ihrem

Bericht einen Meilenstein gesetzt, welche Schlüsse aus dem globalen Versagen der Begrenzung des weltweiten Drogenmarktes und seinen negativen Konsequenzen zu ziehen sind.“⁶

Dr. Raphael Gassmann, der Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle gegen Suchgefahren fasst es so zusammen:

„Nach so vielen Jahrzehnten ergebnisloser Diskussionen sind wir nicht mehr an Glaubenssätzen, Meinungen und Allgemeinplätzen zur Prohibition interessiert. Wir erwarten Beweise. Für die Vorteile von Prohibition wurde noch kein einziger vorgelegt. Diejenigen dagegen mehren sich von Jahr zu Jahr. Ob uns das gefällt oder nicht gefällt, spielt überhaupt keine Rolle. Es sei denn, Suchtpolitik wäre eine Geschmacksfrage.“⁷

Um der gesundheitlichen und sozialen Verelendungsspirale entgegen zu wirken ist also ein grundsätzlicher Wandel in der Drogenpolitik und unseren Köpfen notwendig. Jenseits der Orientierung auf Repression und Strafrecht muss es das Ziel sein, den betroffenen Menschen zu helfen Risiken zu vermeiden und Abhängigkeiten zu überwinden. Dies bedeutet die Anerkennung eines gesundheitspolitischen Primats in der Drogenpolitik. Letztlich geht das einerseits nur über eine kontrollierte Legalisierung von Anbau, Handel, Vertrieb von Drogen und andererseits, neben dem Medizinischem, die Akzeptanz des privaten Gebrauchs von Substanzen, die seit Jahrtausenden zu Entspannungs-, Genuss- und Spirituellenzwecken genutzt werden. Dann gewinnen wir Spielraum für Verbraucherschutz, Jugendschutz und Präventionsangebote mit z.B. konsumierenden Jugendlichen...

Drogenpolitik der Anarchie krimineller und offenbar prosperierender Drogenkartelle zu überlassen, bedeutet jedenfalls eine drogenpolitische Bankrotterklärung.

Die Rolle der Medien ist in diesem Prozess auch nicht zu unterschätzen. Wer im Zusammenhang von Drogen sensationsheischend immer nur über Krankheit, Elend und Tod berichtet, wird nicht nur dem Phänomen des Drogenkonsums nicht gerecht, sondern er verhindert auch die Akzeptanz der Bevölkerung für entsprechende Reformbemühungen. Maximilian Plenert, auch Vorstandsmitglied bei akzept e.V. und Geschäftsführer des Schildower Kreises hat diesen Aspekt ganz aktuell noch mal verdeutlicht:⁸

Letzten Dienstag (28.08.2012) war ein guter Tag, um zu beobachten, wie tendenziös und manipulativ die Medien mit einer interessanten Cannabisstudie umgehen. Die Medien neigen dazu, Nachrichten im Zusammenhang mit Cannabis möglichst dramatisch darzustellen, um mehr Leser und größere Einschaltquoten zu erreichen. Der Wahrheitsgehalt darf dabei auch mal auf der Strecke bleiben. In der Meldung der britischen Nachrichtenagentur waren die Fakten noch einigermaßen korrekt wiedergegeben ("*Cannabis found to lower IQ of young*"). Die dpa und andere deutsche Agenturen haben aber offensichtlich die relativierenden Aspekte nicht mit in ihre Meldungen übernommen (keine IQ-Senkung bei Erwachsenen) und eine reißerische Überschrift gewählt.

Das führte dann zu dramatisierenden Meldungen quer durch praktisch alle deutschen Zeitungen, Radiostationen und Fernsehsender. Hier einige der Überschriften wie wir sie alle gehört haben:

STUDIE ÜBER AUSWIRKUNGEN VON CANNABIS - Kiffen macht dumm

Langzeitstudie zeigt: Cannabis macht dumm

⁶ Prof. Dr. Heino Stöver: Vorwort in: „Nach dem Krieg gegen die Drogen: Modelle für einen regulierten Umgang“, Hrsg der deutschen Ausgabe: akzept e.V. 2012)

⁷ Kommentar von Dr. Raphael Gassmann auf dem Buchcover von: „Nach dem Krieg gegen die Drogen: Modelle für einen regulierten Umgang“, Hrsg der deutschen Ausgabe: akzept e.V. 2012)

⁸ Maximilian Plenert: <http://hanfverband.de/index.php/nachrichten/aktuelles/1782-medien-schreiben-qqifferq-dumm>

Studie zu Cannabis-Konsum Wer ständig kifft, wird dumm

Studie: Cannabis Konsum mindert Intelligenz

Cannabis macht unwiderruflich dumm

usw...

Das Grenzt schon an Volksverdummung...

„Diese Überschrift 'Kiffen macht dumm' entspricht nicht dem, was die Wissenschaftler über Jahre hinweg herausfanden und lässt die positiven Aspekte der Ergebnisse völlig außen vor.

Die Untersuchung hat nämlich erstmals bestätigt, dass regelmäßiger Cannabiskonsum bei Erwachsenen zu keiner Beeinträchtigung der Intelligenz führt. Eine Abnahme der Intelligenz tritt dann ein, wenn bereits vor dem 18. Lebensjahr eine Abhängigkeit bestand. Beginnt der Konsum erst nach dem 18. Lebensjahr, so hat dieser selbst bei einer starken Nutzung der Droge keine Auswirkungen auf Intelligenz, Konzentrationsfähigkeit und Gedächtnis.“⁹

Jedenfalls hat es der ganze Medienrummel offensichtlich mal wieder geschafft, sehr viele Leute zu verunsichern: "Cannabis ist ja wohl doch nicht so harmlos wie gedacht"...

Niemand sagt doch das Cannabis per se harmlos sei..., alle Drogen haben jeweils substanzspezifische, kontextbezogene und individuelle Gefährdungspotentiale, aber eben auch unproblematische Gebrauchsmuster. Gerade weil wir als Legalisierungsbefürworter die Gefahren und Ambivalenzen von Drogen sehen, wollen wir über die Regulierung der Märkte eine Kontrolle über Anbau, Handel und Vertrieb gewinnen den wir seit Jahrzehnten nicht mehr haben und kriminellen Organisationen überlassen. Wir könnten Steuergelder einnehmen und uns auf die gesundheits- und sozialpolitischen Fragestellungen konzentrieren, dem fördern und fordern von Selbstregulierung und eigener Substanzkontrolle, Verbraucherschutz und Jugendschutz, Präventionsprogramme und Hilfen für Abhängige.

Es geht ja nicht um Drogen am Kiosk oder im Supermarkt sondern je nach Droge und Wirkstoffkonzentration um regulierte Zugänge für Erwachsene. Für Heroin, allgemein als gefährlichste angesehene Droge, haben wir das schon erreicht. Bei aller Kritik an den aktuellen Rahmenbedingungen für die Diamorphinsubstitution, ist das eine legale Zugangermöglichkeit mit medizinischer Indikation für z.B. diese Droge. Für Cannabis und andere weniger gefährliche Drogen kann man z.B. streng kontrollierte Lizenzen und Auflagen für den Verkauf vergeben, etwa analog zu den Coffeeshops in den Niederlanden.

Angesichts der Ausmaße und dem fundierten Wissen das wir heute über die Auswirkungen der Prohibition haben, ist es an der Zeit das schreiende Unrecht welches an Drogengebrauchern und Abhängigen begangen wird sofort zu beenden und sich endlich um eine Regulierung der Märkte zu kümmern.

Hier ist natürlich die Politik gefordert, aber auch insbesondere die Drogenhilfe. Die Auswirkungen und Potenzierung der Gefahren durch die Prohibition auf die Gesundheit und soziale und berufliche Integration der Hilfesuchenden sind uns tagtäglich präsent. Wir sollten uns nicht darauf beschränken das Überleben zu sichern und den Ausstieg zu organisieren sondern müssen die Gründe für Schädigungen auch ursächlich angehen und die Zustände auch deutlich benennen. Drogensozialarbeit muss wieder politischer werden, um einer Verelendung und Ausgrenzung von Drogenkonsumenten entgegen zu wirken, Drogentodesfälle vermeiden zu helfen und die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten zu minimieren.

Ich weiß, das waren jetzt eine ganze Menge starker Tobak und viel Information. Bitte verzeihen sie mir, dass ich ein derart komplexes Thema hier mal eben so runter gerissen habe...

Wenn Sie die Begründungszusammenhänge für die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten und Legalisierung von Drogen in seiner internationalen und fach-

⁹ Vgl. auch: Dr. med Franjo Grotenhermen: Pressemitteilung Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin (ACM)

übergreifenden Komplexität nachlesen wollen und sich mit Ausstiegsszenarien aus der Prohibition und den Möglichkeiten, Grenzen und Erfordernissen für einen regulierten Umgang mit Drogen beschäftigen möchten, kann ich Ihnen zwei aktuelle Publikationen aus diesem Jahr empfehlen, die beide, wissenschaftlich fundiert, darüber Auskunft geben:

Im Fachhochschulverlag Frankfurt haben Ralf Gerlach und Heino Stöver einen Reader herausgebracht mit dem Titel: Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten - Legalisierung von Drogen. An dem Reader haben Forscher, Wissenschaftler, Praktiker, Politiker und Vertreter von Betroffenenverbänden mitgearbeitet und ihre jeweilige Sicht auf die Drogenpolitik zusammengetragen, wie sie in Deutschland, aber auch in anderen Ländern praktiziert wird. Der Reader ist in drei große Abschnitte gegliedert.

Zu Beginn beschäftigt sich der Reader mit den Grundlagen für die erhobenen Forderungen nach Entkriminalisierung und Legalisierung, in einem zweiten Abschnitt werden schon praktizierte Entkriminalisierungsmodelle vorgestellt und schließlich Legalisierungsmodelle und -bewegungen erläutert. Durchgängig finden sich im Buch Texteschübe, in denen nationale und internationale Kontaktpersonen, -adressen und Organisationen benannt werden, die sich zum Thema engagieren und die verdeutlichen, dass es keineswegs einige wenige versprengte Freaks sind, die vernebelten Illusionen nachhängen, sondern längst eine weltweit agierende Legalisierungsbewegung existiert, die auf nennenswerte Erfolge verweisen kann.

Sehr empfehlenswert das Buch, es ist auch auf dieser Tagung zu haben oder beim Fachhochschulverlag oder bei akzept e.V. bestellbar...

Das zweite Buch heißt: „Nach dem Krieg gegen die Drogen“ -*Modelle für einen regulierten Umgang*. Hier schlägt die britische Organisation Transform sehr detailliert und fundiert vor, wie ein legaler Umgang mit den jeweiligen Drogen aussehen kann. Das Buch ist inzwischen in 4 Sprachen übersetzt. Akzept e.V. hat die deutsche Übersetzung übernommen und gerade eben herausgegeben.

Auch dieses Buch ist sehr empfehlenswert und ebenfalls zu haben auf der Tagung oder bei akzept e.V. zu bestellen oder für die elektronischen Freunde als pdf-Datei auf unserer Homepage kostenlos herunterladbar.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit

Urs Köthner